

Jahresbericht 2023

Wohnungsnotfallhilfe

Abt. Wohnungsnotfallhilfe

Annenstraße 18

09111 Chemnitz

0371/ 66626995

wlh@stadtmission-chemnitz.de

www.stadtmission-chemnitz.de

Geschäftsstelle

Glockenstraße 5-7

09130 Chemnitz

0371/ 4334 0

info@stadtmission-chemnitz.de

www.stadtmission-chemnitz.de



Inhalt

1	Einleitung.....	3
2	Organisation Wohnungsnotfallhilfe	3
2.1	Rahmenbedingungen	3
2.2	Personal.....	3
2.3	Fortbildung/ Supervision.....	3
3	Auswertung Wohnungsnotfallhilfe.....	3
3.1	Straßensozialarbeit	3
3.2	Tagestreff Haltestelle	5
3.3	Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung.....	6
3.4	Ambulant betreutes Wohnen	8
4	Öffentlichkeitsarbeit	9
5	Sozialpolitische Schlussfolgerungen.....	9

1 Einleitung

Das Jahr 2023 ist das erste Jahr nach der Pandemie, welches seit 2019 wieder ohne damit verbundene Regeln und Einschränkungen analysiert werden kann. Alle Projekte handelten im Normalbetrieb, was die Arbeitsweise und die Zugangsbedingungen der Projekte anbelangt. Damit ist natürlich der Vergleich mit Zahlen aus der Pandemiezeit schwierig, um Aussagen zur Entwicklung von Notlagen zu treffen. Wo es notwendig ist, werden aktuelle Entwicklungen mit dem Jahr 2019 verglichen.

Darüber hinaus spielten Vereinsamung, Gentrifizierung und damit einhergehender Veränderungen eine zunehmende Rolle in der Arbeit. Zukunftsängste und finanzielle Unsicherheiten wirkten sich auf die Inhalte der einzelnen Projekte aus. Vorweggenommen werden kann schon, dass sich die soziale Lage gerade für die am meisten von Armut betroffenen Menschen hierdurch verschlechterte.

2 Organisation Wohnungsnotfallhilfe

2.1 Rahmenbedingungen

Der Wegfall der Pandemievorschriften hat die Rahmenbedingungen erleichtert, aber nicht grundlegend verändert.

Ein großes Problem stellt für alle Projekte die Digitalisierung im Bereich der Beantragung sozialer Transfer- und Beratungsleistungen dar, da die Klientel der Wohnungsnotfallhilfe aufgrund der Notlage generell von einer digitalen Partizipation ausgeschlossen ist. In 2023 konnte mit Unterstützung der „Aktion Mensch“ ein Terminal für den Tagestreff Haltestelle angeschafft werden, um eine Teilhabe dieser Personengruppe ermöglichen zu können. Dies betrifft vor allem elektronische Terminvereinbarungen bei Ämtern und Behörden, Onlineberatungen oder Onlineabgabe von Anträgen, aber auch das Managen einer eigenen E-Mail-Adresse für die Klientel bei einem der bekannten Mailanbieter.

2.2 Personal

Im Berichtsjahr gab es keine personellen Veränderungen in der Abteilung Wohnungsnotfallhilfe.

2.3 Fortbildung/ Supervision

Laut Dienstvereinbarung steht den Mitarbeiter:innen eine Supervision mit einem festen Budget pro Jahr zu. Dieses Budget kann individuell für Einzel- oder Gruppensupervision eingesetzt werden. Ebenso finden monatlich Fallbesprechungen mit dem gesamten Team statt. Dabei wird die Methode der kollegialen Fallberatung genutzt.

Im Berichtsjahr wurde für das gesamte Team der Wohnungsnotfallhilfe ein mehrtägiger Deeskalationstrainingskurs angeboten. Den Mitarbeiter:innen ist somit die Möglichkeit geboten worden, auf grenzwertiges und zum Teil sehr aggressives Verhalten der Klientel angemessen und deeskalierend zu reagieren.

3 Auswertung Wohnungsnotfallhilfe

3.1 Straßensozialarbeit

Wie in den Jahren zuvor suchten die Straßensozialarbeiter:innen sowohl unterschiedliche Platzgruppen als auch Einzelpersonen im öffentlichen Raum auf. Die Hilfeadressat:innen verfügten in der Regel trotz vorhandenen Wohnraumes über geringe ökonomische Ressourcen und litten unter multiplen Problemlagen, die sie ohne externe Unterstützung nicht eigenständig bewältigen konnten. Um der sozialen Vereinsamung zu entfliehen, soziale Kontakte zu pflegen und sich gegenseitig zu unterstützen, nutzte die Klientel auch im Jahre 2023 den öffentlichen Raum. Hier

knüpfte die Straßensozialarbeit an. Zu den festen und schon seit vielen Jahren erschlossenen Plätze gehören: „Netto/ Tschaikowskistraße“, „Thomas-Mann-Platz/ Sachsenallee“, „Postbank/ Innenstadt“, „alter Flughafen“, „Endhaltestelle Marie-Tilch-Straße“, „Blücherplatz“ und „Netto/ Flo-rastraße“.

Die Anzahl der kontaktierten Personen im gesamten Stadtgebiet Chemnitz ist in den letzten Jahren gleichbleibend auf hohem Niveau geblieben und deutlich höher gegenüber dem Vor-Coronajahr 2019 (siehe nebenstehende Tabelle). Die Anzahl der Klient:innen, die in einem verbindlichen Beratungsprozess sind, ist ebenfalls sehr hoch mit marginalen Veränderungen in den einzelnen Jahren. Auffällig ist auch hier die deutliche Steigerung zu 2019. Wie viele der kontaktierten Menschen tatsächlich ohne Wohnung sind, kann nur über die Personen erfasst werden, die sich in einem Beratungsprozess befinden und somit auch freiwillig Angaben zu ihrer Wohn- und Lebenssituation machen. Durch den niedrighschwelligen Charakter der Straßensozialarbeit können nur so belastbare Daten erhoben werden. In 2023 haben fast doppelt so viele Menschen ohne festen Wohnraum Hilfe bei der Straßensozialarbeit gesucht als 2019. Dies ist eine besorgniserregende Entwicklung und zeigt deutlich die prekäre Lage, in der sich die von Armut betroffenen Menschen in Chemnitz befinden.

Jahr	Kontaktierte Personen	Beratene Personen	Wohnungslose Personen
2023	777	209	68
2022	708	220	51
2021	774	219	67
2020	674	196	45
2019	696	179	39

Auch im Jahre 2023 stand die „Lebensberatung“ an erster Stelle der Beratungsbedarfe. Diesem folgten die Problemstellungen „Wohnung“, „Finanzen“ und „Gesundheit“. Dies entspricht in etwa dem Bild der vorangegangenen Jahre. Die Klientel kam aufgrund steigender Lebenshaltungskosten und ihrem Hilfebedarf sowie den teils fehlenden Selbsthilfekräften an ihre psychischen und physischen Grenzen. Dem damit einhergehenden „Dauerstress“ begegneten sie oftmals mit dem erhöhten Konsum von Suchtmitteln. In der Folge fiel es ihnen schwer aus dem Kreislauf von sozialem Rückzug, Selbstaufgabe und Überlastung auszubrechen. Vor diesem Hintergrund vermittelten die Straßensozialarbeiter:innen die betreffenden Personen vor allem in soziale Einrichtungen der Stadt, so u.a. auch in die Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung.

Die Straßensozialarbeit kooperierte mit ehrenamtlich organisierten Hilfsangeboten, die Kleidung, Essen/ Trinken sowie Decken/ Schlafsäcke den Menschen ohne Obdach oder geringen finanziellen Mitteln anboten. Dabei wurde die fachliche Expertise zur Verfügung gestellt und es konnte mit dem „Kältebus“ auch am Abend aufsuchende Arbeit in den Wintermonaten betrieben werden. Derartige Angebote können professionelle Sozialarbeit aber nicht ersetzen.

Zudem wurde die Straßensozialarbeit durch Wohnungsunternehmen kontaktiert, um ältere Menschen in deren Wohnraum aufzusuchen. Hintergrund waren häufig drohende Wohnungskündigungen durch mietwidriges Verhalten bzw. Vermüllung. Generell ist ein Anstieg vereinsamter älterer Menschen in eigenem Wohnraum zu beobachten, die durch das Hilfesystem kaum erreicht werden.

Der Fall eines Klienten, ein auf der Straße lebender Mann mittleren Alters mit einer psychischen Erkrankung, verweist deutlich auf die prekäre Lage psychisch kranker obdachloser Menschen ohne Krankheitseinsicht und auf die Grenzen der Hilfe. Die Straßensozialarbeit bemüht sich schon über viele Jahre diesen Mann in den Tagedstreff Haltestelle oder andere Hilfsangebote der Stadt zu vermitteln. Der Klient wählt allerdings lediglich die Versorgung auf der Straße durch ihm „bekannte Gesichter“. Erst durch winterliche Temperaturen und der fehlenden Einsicht sich entsprechend zu kleiden konnte er durch eine richterliche Anordnung in eine psychiatrische Klinik

zwangsweise eingewiesen werden. Daraufhin verbesserte sich sein Gesundheitszustand sukzessive. Aufgrund des Anstiegs der Temperaturen und der geringer werdenden Eigengefährdung wurde er jedoch wieder entlassen, nachdem eine gerichtlich bestellte Betreuung eingesetzt wurde. Zum Ende des Jahres 2023 ist dieser Mann allerdings wieder in der gleichen Situation wie vor dem zwangsweisen Klinikaufenthalt.

Die Hürden für eine richterliche Zwangseinweisung sind in der Regel sehr hoch und eine nachhaltige Behandlung der betroffenen Menschen gestaltet sich schwierig. Dies ist gerade bei psychisch kranken wohnungslosen EU-Bürger:innen problematisch, da diese keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben und sie nicht krankenversichert sind. Medizinische Hilfe findet gar nicht oder nur in begrenztem Maße außerhalb des offiziellen Hilfesystems¹ statt.

3.2 Tagestreff Haltestelle

Im gesamten Jahr 2023 besuchten den Tagestreff Haltestelle 885 (2022: 661 und 2019: 571) unterschiedliche Personen (627 Männer und 258 Frauen; Vorjahr 465 Männer und 196 Frauen). Das sind 224 Personen mehr als im Vorjahr und 314 mehr als 2019. Weiterhin gab es durchschnittlich 23 Besuche am Tag von Männern und 6 von Frauen. Dies entspricht 4 Besuchen mehr pro Tag als im Vorjahr. Der Tagestreff Haltestelle weist somit trotz verringerter Öffnungszeiten um 1 Stunde pro Tag die gleiche Auslastung wie vor der Pandemie auf.

Monat	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Männer	24	26	24	24	19	24	22	21	22	23	28	24
Frauen	6	7	8	7	6	6	5	5	7	7	7	7
2023	30	33	32	31	25	30	27	26	29	30	35	31
Vorjahr	24	22	22	24	26	27	25	28	31	32	30	31
2019	30	33	29	32	28	27	29	29	29	29	30	31

In der obenstehenden Tabelle² wird die Entwicklung deutlich sichtbar. Die Zahlen steigen kontinuierlich und haben das Vor-Coronaniveau erreicht bzw. überschritten. Es kann zudem festgestellt werden, dass der Personenkreis der Tagestreffnutzer:innen sich stärker differenzierte. So wird dieser häufiger auch von Menschen genutzt, die nicht wohnungslos sind, sondern in unzumutbaren oder gewaltgeprägten Verhältnissen leben. Neben tagesstrukturierenden Angeboten, bedarf es hierdurch oftmals auch Krisenintervention und einem niedrigschwelligen Zugang in Not-situationen, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Angebote, die über die grundlegenden tagesstrukturierenden Maßnahmen hinaus gehen, lassen sich nur über das Ehrenamt oder über Praktikant:innen umsetzen.

Alter ³	bis 21 Jahre	22-26 Jahre	27-40 Jahre	41-60 Jahre	ab 61 Jahre
Männer	14	25	66	39	7
Frauen	3	5	13	5	1
Gesamt	17	30	79	44	8
Vorjahr	9	16	43	49	7

Eine verlässliche Aussage darüber, wie viele Besucher:innen des Tagestreffs Haltestelle wohnungslos sind, kann nur über die Nutzung der Postadresse getroffen werden. Von den **885** Besucher:innen haben demnach **178** eine Postadresse eingerichtet (Vorjahr **124**).

¹ Unterstützung durch das Medibüro Chemnitz

² Die Durchschnittszahlen werden wie folgt errechnet: Die Gesamtzahl der Besucher pro Tag wird addiert und durch die Anzahl der Öffnungstage im Monat dividiert.

³ Das Alter bezieht sich auf den Stichtag 31.12.2022

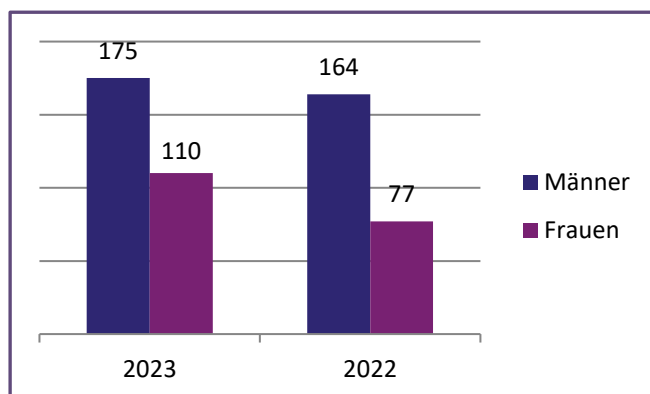
Da es keine weiteren Zahlen zur Anzahl der tatsächlich wohnungslosen Menschen in Chemnitz gibt und auch nur die gezählt werden können, die sich gegenüber dem Hilfesystem als wohnungslos zu erkennen geben, kann die Anzahl der Postadressen im Tagestreff als Gradmesser für die tatsächliche Anzahl der Menschen in Chemnitz gelten, die über keinen mietvertraglich gesicherten Wohnraum verfügen. 178 eingerichtete Postadressen im Jahr 2023 und 12 langjährige Postadressennutzer:innen bedeuten, dass mindestens 190 Personen über einen längeren oder kürzeren Zeitraum in 2023 wohnungslos waren. Das sind 56 Personen mehr als im Vorjahr.

Über das gesamte Jahr war die Nutzung des Angebotes sehr hoch. Über viele Monate hinweg lag die Anzahl der Postadressennutzer:innen zum Stichtag weit über 80 Personen. Die Durchschnittszahlen der Stichtagserhebung zeigen diese Kontinuität bzw. die stetige Erhöhung der Postadressennutzer:innen noch mal eindrücklich: Hatten im Jahr 2019 durchschnittlich 63 Personen zum Monatsende eine Postadresse (vor Corona) und in 2022 durchschnittlich 73 Personen, sind dies im Berichtszeitraum durchschnittlich 90 Personen. Dies ist eine so deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren, dass dies nicht mehr nur mit Veränderungen aufgrund der Beendigung der staatlichen Coronamaßnahmen zu erklären ist.

Der Bekanntheitsgrad des Tagestreffs Haltestelle, seine zentrale Lage sowie seine gute Erreichbarkeit spielen eine zentrale Rolle bei der steigenden Nutzung des genannten Angebotes. Des Weiteren ist auch im Berichtsjahr die Vermittlung durch das Jobcenter an den Tagestreff hoch, damit Chemnitzer Bürger:innen ohne festen Wohnsitz weiterhin Leistungen beziehen können. Jedoch können diese beiden Umstände nicht alleine die erhöhte Inanspruchnahme des Angebots zur Nutzung einer Postadresse erklären. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Anstieg der Armut sowie Wohnungslosigkeit als extremste Form von Armut, werden hier sichtbar. Darüber hinaus wird erkennbar, dass die Gruppe der Hilfesuchenden immer heterogener wird. So kann allein anhand der Einrichtung der Postadressen ein signifikanter Anstieg von Personen mit Migrationserfahrung wahrgenommen werden.

3.3 Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung

Die Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung sah sich im Jahr 2023 mit zunehmenden Herausforderungen in der Wohnraumvermittlung und -anmietung konfrontiert. Insgesamt suchten im Berichtszeitraum 285 Hilfesuchende die Unterstützung der Mitarbeiterinnen (Vorjahr 241). Zu Beratungsbeginn waren 96 Personen wohnungslos gemeldet, während 189 Personen potentiell oder akut vom Wohnraumverlust bedroht waren. Eine Unterbringung wohnungsloser Menschen erfolgte hierbei vorrangig bei Bekannten bzw. Familienangehörigen. Der Anteil der Hilfesuchenden mit Migrationshintergrund blieb im Vergleich zum Vorjahr stabil. Beratungsleistungen wurden 2023 sowohl in deutscher sowie englischer Sprache durchgeführt. In Einzelfällen musste jedoch weiterhin auf Online-Übersetzungsdienste zurückgegriffen werden. Themenschwerpunkte der Beratung waren dabei die Unterstützung bei der Sozialleistungsbeantragung, bei dem präventiven Wohnungserhalt sowie bei der Wohnraumvermittlung. Allein 72 Personen lebten zu Beginn des Beratungsprozesses ohne Einkommen.



Wiederholt gestaltete sich 2023 die Leistungsbeantragung in Ermangelung eines gültigen Ausweisdokumentes, trotz der Unterstützung durch die Beratungsstelle, schwierig. Als Beispiel sei hier ein Fall genannt, in dem trotz vorliegender Geburtsurkunde einem langzeitwohnungslosen Klienten (deutsche Staatsangehörigkeit) aufgrund eines fehlenden Lichtbildnachweises kein neuer Personalausweis ausgestellt wurde.

Wiederholt gestaltete sich 2023 die Leistungsbeantragung in Ermangelung eines gültigen Ausweisdokumentes, trotz der Unterstützung durch die Beratungsstelle, schwierig. Als Beispiel sei hier ein Fall genannt, in dem trotz vorliegender Geburtsurkunde einem langzeitwohnungslosen Klienten (deutsche Staatsangehörigkeit) aufgrund eines fehlenden Lichtbildnachweises kein neuer Personalausweis ausgestellt wurde.

An dieser Stelle wurde die Person auf die Einholung eines kostenintensiven Abstammungsgutachtens⁴ verwiesen. Das Verbleiben in einer unzumutbaren und prekären Lebenssituation wurde dabei in Kauf genommen. Oftmals scheiterte eine Einholung jedoch auch an mangelnden finanziellen Mitteln, welche allein durch Stiftungsgelder wie z.B. der Aktion #wärmewinter behoben werden konnte.

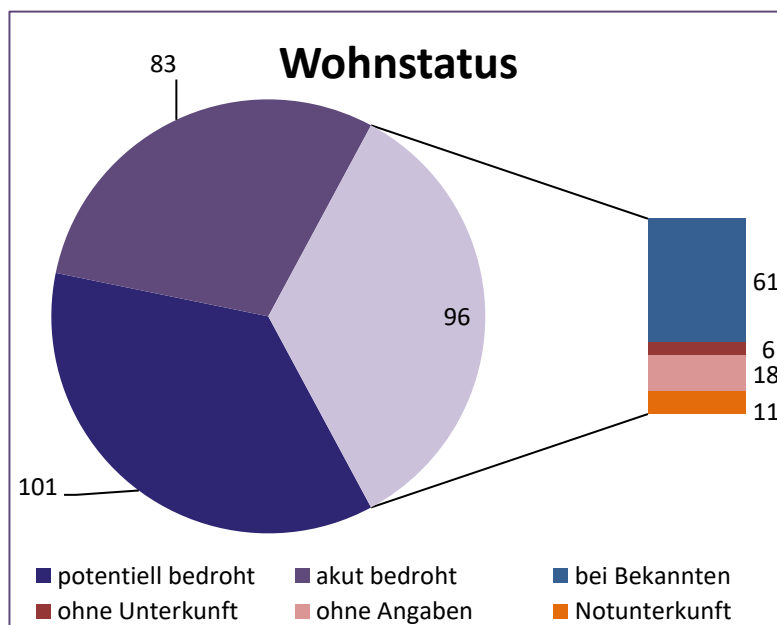
Auch im Bereich der Wohnraumvermittlung sowie -anmietung wurde im Berichtszeitraum eine sich verstetigende Marginalisierung der Klientel auf dem Wohnungsmarkt deutlich.

Demnach waren entsprechend einer Hochrechnung lediglich 62 Prozent der Vermittlungsversuche zielführend und eine Anmietung geeigneten Wohnraums erfolgte. Daher, trotz einem Wohnungslehrstand von 9-14% der Stadt Chemnitz (dies entspricht ca. 156.000-159.000 leeren Einheiten)⁵ sahen sich die Hilfesuchenden häufig mit Ablehnungen des Mietinteresses durch die Vermieter konfrontiert. Hierbei wurden vordergründig eine fehlende Mietschuldenfreiheitserklärung, der generelle Bezug von Sozialleistungen, eine schlechte SCHUFA-Bonität oder die vorherige Registrierung als „ohne festen Wohnsitz“ ohne genauere Betrachtung der Ursachen als Begründung genannt. Ebenso sank der Anteil der Mietangebote, welche sich im Rahmen der Richtlinie der angemessenen Kosten der Unterkunft⁶ bewegen. Als ein Grund hierfür kann die Belegung der betreffenden Wohnungen durch Flüchtlinge in Folge des Ukrainekrieges genannt werden. Ebenso wurden erste Tendenzen von verstärkten Neuanmietungen durch Bürger:innen aus den alten Bundesländern wahrnehmbar. Dies lässt sich vermutlich mit den im deutschlandweiten Vergleich niedrigen Mieten in Chemnitz begründen, welche als Pullfaktoren wirken.

Trotz intensiver Lobbyarbeit und aufklärender Einzel- sowie Netzwerkarbeit gelang es der Beratungsstelle nur begrenzt neuen Wohnraum für die Klientel zu akquirieren. Der Umfang der Beratungsprozesse nahm deutlich zu. Auch die bewährte Zusammenarbeit mit Vermietern aus dem Vorjahr gestaltete sich in Ermangelung geeigneten Wohnraums zunehmend schwieriger, dennoch gilt diesen Kooperationspartner:innen auch in diesem Jahr unser Dank.

Ebenso auffällig war 2023 der deutlich gestiegene Anteil hilfesuchender Personen mit einem Alter von über 65 Jahren (35 Personen). Altersarmut sowie Verwahrlosung in der Häuslichkeit mit folgendem Wohnraumverlust können hier als Erscheinungsbilder benannt werden.

Mangelnde Mobilität der Hilfesuchenden führt zu der Notwendigkeit aufsuchender Arbeit der Beratungsstellenmitarbeiterinnen, welche markant höhere zeitliche Ressourcen bindet. Ein häufig stattfindender Rückzug in die private Häuslichkeit erschwert simultan die präventive Arbeit. Hier gilt es für die Beratungsstelle zukünftig bestehende Netzwerke zu erwei-



⁴ Siehe hierzu PassVwV §6 Abs. 3

⁵ [https://www.chemnitz-in-zahlen.de/wohnungsmarkt-daten/wohnungsmarkt-report-chenitz/#:~:text=Der%20gr%C3%B6%C3%9Fte%20Wohnungsanbieter%20in%20Chemnitz,%25%20\(zusammen%2028.000%20Wohnungen\).](https://www.chemnitz-in-zahlen.de/wohnungsmarkt-daten/wohnungsmarkt-report-chenitz/#:~:text=Der%20gr%C3%B6%C3%9Fte%20Wohnungsanbieter%20in%20Chemnitz,%25%20(zusammen%2028.000%20Wohnungen).) (aufgerufen am 22.02.2024)

⁶ Siehe hierzu KDU Richtlinie der Stadt Chemnitz

tern und Kooperationen zu verstetigen, um der Entwicklung entgegen zu wirken.

3.4 Ambulant betreutes Wohnen

Im Jahr 2023 wurden im Ambulant betreuten Wohnen (ABW) 14 Männer und 10 Frauen betreut. Davon waren 5 Klient:innen über 65 Jahre alt. Hier zeigt sich deutlich, dass auch Senior:innen einen Bedarf auf Hilfen nach § 67 ff. SGB XII haben. Drohender Wohnungsverlust, Altersarmut und Vereinsamung sind Faktoren, die einen Hilfebedarf und eine Vermittlung in altersspezifische Hilfesysteme rechtfertigen.

Zwei Drittel der Klient:innen waren aufgrund von Arbeitslosigkeit auf Leistungen nach SGB II, also Bürgergeld, angewiesen. Nur vier betreuten Personen gelang es im Laufe der Betreuung eine Festanstellung zu bekommen. Ein Klient arbeitete in Gelegenheitsjobs und zwei weitere erhielten Arbeitslosengeld I nach dem Verlust ihrer Arbeit.

Mit knappen finanziellen Ressourcen hatten alle betreuten Klient:innen zu kämpfen. So erhielten von den vier in einer Festanstellung beschäftigten Personen drei ergänzendes Bürgergeld. Von sechs Alters- oder EU-Rentner:innen waren drei auf ergänzende Sozialhilfeleistungen oder Wohngeld angewiesen. Zwei alleinstehende Klient:innen mit Kindern hatten über einen längeren Zeitraum ausschließlich Kindergeld und Unterhaltsvorschuss als Einkommen. Fehlende und unzureichende finanzielle Ressourcen begünstigen die Entstehung von weiteren Problemen und Schwierigkeiten, die die Betreuungsaufgaben prägten: die gesamte Klientel benötigten Unterstützung beim Leistungsbezug und hatte Schwierigkeiten sich in ihrer Wohnung alleine zurecht zu finden. Auch der Umgang mit den eigenen finanziellen Ressourcen war für alle problematisch.

Angesichts rasant steigender Preise für Lebensmittel, Strom und Heizkosten wuchsen bei der Klientel Unsicherheiten und Existenzängste. Es stand bei allen Treffen die Frage im Raum, wie man weiter über die Runden kommen kann. Die Erhöhung der Regelleistungen deckte im Jahr 2023 nur bedingt die steigenden finanziellen Bedarfe der Klientel ab. Zwei Personen konnten die Stromschulden, die durch die steigenden Energiepreise entstanden, mit Hilfe der Aktion #wärmewinter begleichen und somit eine Abschaltung der Stromversorgung verhindern. Zwei Klient:innen wurden aufgrund der hoch ausgefallenen Betriebskosten vom Jobcenter zur Senkung aufgefordert. Für diese wurde im Lauf des Berichtsjahres nach preisgünstigeren Wohnungen gesucht.

Im Fall einer alleinerziehenden Mutter kam es Anfang des Berichtsjahres zu einem Heizungsausfall in fast allen Räumen der Wohnung. Trotz der Mängelanzeige und der darauffolgenden telefonischen und persönlichen Kontakte zum Vermieter, zeigte der Vermieter kein Interesse an der Lösung des Problems. Erst nach Ankündigung einer erheblichen Mietminderung wurden die Heizungsanlage repariert. Ohne Hilfe des ABW wäre die betreffende Klientin somit nicht in der Lage gewesen, diese Problemlage zu lösen.

Jahr	Gesamt	Migranten	Haushalte mit Kindern	Frauen	Männer	Unter den sechs wohnungslosen Menschen waren zwei Frauen mit Kindern, die sich bei Bekannten aufhielten. Die Vermittlung
2023	24		11	10	14	
2022	23	9	10	11	12	
2021	26	8	4	8	18	
2020	32	4	4	8	24	

in eigenen Wohnraum scheiterte bei einer Klientin, da zunächst kein Anspruch auf SGB II Leistungen bestand und außer Kindergeld und Unterhaltsvorschuss kein anderes Einkommen vorlag. Nach erfolgreicher Antragstellung und Bewilligung der Leistungen kam es zu einem Kontaktabbruch. Die zweite Klientin nahm gleich nach dem ersten Termin keine weiteren Hilfen in Anspruch, so dass keine Informationen über sie vorliegen. Bei den vier anderen Klient:innen ist es gelungen, die Wohnungslosigkeit zu beenden und geeigneten Wohnraum zu finden.

Über die Hälfte der betreuten Klienten haben gesundheitliche Probleme. Klient:innen, die nach Chemnitz zugezogen sind oder aufgrund negativer Erfahrungen oder Ängste über Jahre keine medizinischen Hilfen in Anspruch genommen haben, finden keinen Hausarzt. Es ist in Chemnitz fast unmöglich geworden, einen Arzt zu finden, der neue Patient:innen aufnimmt. In einigen Fällen musste die Klientel zu Ärzten am Stadtrand oder außerhalb von Chemnitz vermittelt werden. In akuten Fällen wurden die Klient:innen in die Notaufnahme begleitet.

Im Berichtsjahr ist der Anteil der Klient:innen mit Kindern in Vergleich zu den Vorjahren signifikant gestiegen: Im ABW wurden 3 Männer und 8 Frauen mit Kindern betreut (vergleiche die Tabelle weiter oben). Diese Klientel hat einen erweiterten Bedarf an Hilfen und braucht deutlich mehr Beratungs- und Begleitungszeit im Vergleich zu der Klientel ohne Kinder.

4 Öffentlichkeitsarbeit

Die sozialen Medien sind eine der wichtigsten Plattformen, um auf die Situation wohnungsloser Menschen hinzuweisen. Aufgrund der digitalen Präsenz der Abteilung ist das Interesse für die Wohnungsnotfallhilfe hoch: Die Klientel wurde mit ihrer Notlage wahrgenommen und das nicht nur in den Wintermonaten. Ganzjährig gab es Anfragen von interessierten Bürger:innen zur Lebenslage der Betroffenen. Sicherlich spielt hier ein verändertes Bewusstsein aufgrund der eigenen erschwerten wirtschaftlichen Situation eine Rolle.

Die Straßensozialarbeit setzte sich in verschiedenen Gremien sowie über die Vernetzung mit diversen Akteur:innen der Stadt für die Interessen der Zielgruppe ein. Die Straßensozialarbeiter:innen wandten sich entschieden gegen eine vor allem ordnungspolitische Ausgrenzung der genannten Personengruppen und deren Stigmatisierung. Zudem plädierten sie gegen eine in unterschiedlichen Medien geführte grundsätzliche Kriminalisierung dieser Personengruppe.

Die Teilnahme an Arbeitskreisen war sowohl digital per Videokonferenz möglich und auch in Präsenz. Damit war eine gute Vernetzung mit anderen Akteur:innen der sozialen Arbeit sowohl regional als auch überregional möglich.

Ein Höhepunkt war im Berichtsjahr der Tag der Wohnungslosen am 11. September. Die Abteilung war hier zusammen mit dem Sozialamt der Stadt Chemnitz und weiteren Trägern, die in der Wohnungsnotfallhilfe tätig sind, auf dem Marktplatz präsent und informierte über die Lebens- und Problemlage der betroffenen Menschen.

Im November wurde der Lebenslagenbericht des Diakonischen Werkes Sachsen zusammen mit den Zahlen der Abteilung aus Chemnitz während eines Pressegespräches vorgestellt. Dieser Termin wird dankbar von den Medienvertreter:innen angenommen, um sich über die Problematik Wohnungslosigkeit und ihre Folgen zu informieren.

Ein Vertreter der Wohnungsnotfallhilfe war am 21.12. zu Gast auf einer Podiumsdiskussion des Smac im Rahmen der Ausstellung „Home Sweet Home“ zum Thema Wohnungslosigkeit in Chemnitz. Ebenfalls war ein Vertreter der Wohnungsnotfallhilfe zu Gast bei der BAGW Fachtagung in Berlin.

5 Sozialpolitische Schlussfolgerungen

Im gesamten Berichtszeitraum ist der Anstieg der Fallzahlen in allen Projekten auffällig. Zum Teil sind die Zahlen deutlich höher als die Zahlen aus 2019 – dem Vorcoronajahr. Diesen Anstieg der armutsbetroffenen Menschen in wirklich existenzgefährdeten Notlagen nur mit dem Ende von Corona und dem damit verbundenem vereinfachten Zugang zum Hilfesystem zu erklären, greift zu kurz. Steigende Lebenshaltungskosten treffen die von Armut betroffenen Menschen trotz kurzfristiger Hilfe- und Unterstützungsmaßnahmen am stärksten. Fehlende finanzielle Ressourcen und Selbsthilfekräfte, die typisch für den Hilfebedarf der Klienten in der Wohnungsnotfallhilfe sind, führen zu Existenzängsten der Betroffenen.

Auch wenn die Projekte viele Menschen erreichen konnten, kamen viele Betroffene mit ihren Problemen zu spät, weil sie sich entweder schämten oder schlicht nicht wussten, dass und welche Hilfen ihnen zustehen. Ganz deutlich wird dies bei den Postadressen im Tagestreff Haltestelle: 190 Postadressen im Jahr 2023 bedeuten, dass mindestens 190 Menschen im Berichtsjahr ihre Wohnung verloren haben bzw. schon längere Zeit ohne Wohnung sind. Es ist spekulativ zu denken, dass einzig präventive Hilfen diese Zahlen hätten verringern können – dafür ist der Hilfebedarf nach § 67 ff. SGB XII viel zu komplex. Fakt ist aber, dass Sozialarbeit langfristig die preiswertere Hilfeform ist, da diese auf eine nachhaltige Veränderung der Lebenslage orientiert ist. Demgegenüber dient die ordnungsrechtliche Unterbringung, ebenfalls eine Pflichtaufgabe der Kommunen, nur der kurzfristigen Überwindung einer akuten Notlage, nämlich der Obdachlosigkeit.

Progressive Sozialpolitik, wie der Housing First Ansatz und ein vereinfachter Zugang zur Hilfe, können sicherlich viele Notlagen verhindern oder mildern. Wohnungslosigkeit kann so zumindest aktiv verhindert werden. Doch auch diese Ansätze nutzen wenig, wenn bezahlbarer Wohnraum fehlt. Im Berichtsjahr 2023 wurde deutlich, wie schwer es ist für einmal wohnungslos gewordene Menschen wieder eine Wohnung zu finden; und das in Chemnitz mit einem im Vergleich zu anderen Städten entspannten Wohnungsmarkt. Das macht die Notwendigkeit eines verstärkt präventiv handelnden Hilfesystems noch einmal deutlich. Denn was nützen gute Sozialarbeit und innovative Arbeitsansätze, wenn die betroffenen Menschen nicht in Wohnraum vermittelt werden können, weil dieser entweder fehlt oder weil sie diesen wegen vorhandener Miet- und Energieschulden nicht bekommen.

Alfred Mucha

Abteilungsleiter Wohnungsnotfallhilfe